

RESEARCH

Tina Olteanu

Tobias Spöri · Felix Jaitner

Hans Asenbaum *Hrsg.*

# Osteuropa transformiert

Sozialismus, Demokratie und Utopie



Springer VS

---

Osteuropa transformiert

---

Tina Olteanu · Tobias Spöri  
Felix Jaitner · Hans Asenbaum  
(Hrsg.)

# Osteuropa transformiert

## Sozialismus, Demokratie und Utopie

 Springer VS

*Herausgeber*

Hans Asenbaum  
London, Großbritannien

Tina Olteanu  
Gießen, Deutschland

Felix Jaitner  
Wien, Österreich

Tobias Spöri  
Wien, Österreich

Gefördert vom Dekanat für Sozialwissenschaften der Universität Wien.

Wir bedanken uns bei Michael Hunklinger für die Unterstützung bei der Erstellung des Buches.

ISBN 978-3-658-17817-8

ISBN 978-3-658-17818-5 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-17818-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort.....7

*Hans Asenbaum, Felix Jaitner, Tina Olteanu und Tobias Spöri*

Einleitung.....11

### **Teil I: Sozialismus**

*Michael Brie*

Der europäische Staatssozialismus – Vielfalt in der Einheit.....21

*Gert-Joachim Glaesner*

Totalitarismus, Post-Stalinismus und Strukturdefekte sozialistischer Systeme: Kontroversen der internationalen Kommunismusanalyse in der Zeit des Kalten Krieges.....39

*Anton Pelinka*

Utopie – Opium für Intellektuelle.....61

*Rosemarie Will*

Eigentum und Planung als juristisches Problem staatssozialistischer Gesellschaften – Das Beispiel DDR.....71

*András Bozóki*

Dissidenz in der Volksrepublik Ungarn: Selbstbild, Identität und politischer Diskurs.....97

### **Teil II: Demokratie**

*Hans Misselwitz*

Das Jahr 1991 – Das Jahr Eins nach der deutschen Einheit und erste Risse in Europa.....113

*Philipp Ther*

Eine Einführung in die Geschichte des Neoliberalismus.....125

*Markku Kangasapuro*

Back to normality in Russia's transformation – Demand on strong state and its consequences.....155

*Dorothee de Nève*  
Politische Partizipation in Deutschland – zwischen post-demokratischer  
Apathie und neodemokratischem Aufbruch.....173

*Anna Krasteva*  
If crises did not exist, populism would have invented them.....193

*Tina Olteanu*  
Osteuropäische Parteien – ein dystopischer Blick in die Zukunft Westeuropas?...211

*Karin Liebhart*  
Diskursive Konstruktionen Osteuropas in Zeiten europäischer Krisen.....229

### **Teil III: Utopie**

*Dieter Segert*  
Utopien heute? Gegen die scheinbare Überflüssigkeit eines Denkens in  
Alternativen.....245

*Valerii S. Khasiev*  
Die utopischen Hoffnungen Europas: Welche Philosophie fehlt?.....261

*Tina Olteanu*  
Fazit – Osteuropaforschung: Woher und wohin?.....279

Autorinnen und Autoren.....287

## **Vorwort**

### **Kritische Transformations- und Demokratiewissenschaft**

Dieter Segert in Forschung und Lehre zu Osteuropa

Dieses Vorwort verfassen wir in jenen Tagen, in denen täglich Hunderttausende Menschen in Rumänien auf die Straßen gehen. Zunächst ging es darum, ein Gesetz abzuwehren, das korrupten PolitikerInnen Straffreiheit gewähren sollte, und dann wurde der Rücktritt einer gerade gewählten Regierung, die sich mit dem Gesetz ihrer Legitimität beraubt hatte, gefordert. Diese Situation zeigt – wie in vielen anderen Bereichen – einmal mehr, wie wichtig es ist, die Entwicklungen in Osteuropa mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu verfolgen und die oft wenig ersichtlichen und komplexen Ursachen solcher und anderer Entwicklungen zu ergründen.

Politikwissenschaft an der Universität Wien ist wegen der Geschichte Österreichs wie auch der politischen und geographischen Nähe ohne einen Schwerpunkt Osteuropa kaum denkbar. Doch auch aufgrund des Wirkens von Dieter Segert, der den Schwerpunkt institutionell etabliert und auch über das Institut für Politikwissenschaft hinaus ausgebaut hat, gehört die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Osteuropa zum internationalen Profil der Universität Wien.

Dieter Segert hatte die Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Transformationsprozesse in Mittel-, Ost- und Südeuropa seit Anfang 2005 inne. Sein biographischer, politischer und wissenschaftlicher Hintergrund prädestinierte ihn für diese Stelle. Er erlebte als in der Deutschen Demokratischen Republik aufgewachsener und sozialisierter politischer und wissenschaftlicher Mensch eben diese Transformationsprozesse, die im Zentrum der Professur standen, ganz unmittelbar mit. Er studierte an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte an der Lomonossow-Universität in Moskau und kehrte dann an die HU zurück. 1989 wurde er dort auf eine Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa berufen, die er bis 1998 innehatte. Anschließend war er für jeweils drei Jahre Gastprofessor an der Prager Karls-Universität und schließlich wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn.

Im Herbst 1989 setzte er sich innerhalb einer Bewegung in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) dafür ein, dass die DDR erneuert werde. In seinem Buch „Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR“ (Böhlau 2008) zeichnet er die Ereignisse im letzten Jahr der DDR als Beteiligter, als Involvierter,

aber auch als detailgenauer Beobachter nach. Es handelt sich um eine, so Dieter Segert selbst, „Gruppenbiografie von reformorientierten DDR-Intellektuellen“. Das Buch zeigt, dass durchaus wichtig war und ist, *wie* die Geschichte der DDR und der Vereinigung erzählt wird und was etwa aufgrund der Dominanz der westdeutschen Version vergessen wurde – etwa die DDR-BürgerrechtlerInnen.

An der Universität Wien baute er in seinem über zwölfjährigen Wirken jene Schwerpunkte auf, welche die HerausgeberInnen dieses Bandes in ihrer Einleitung genauer ausführen: die Geschichte und das Erbe des Staatssozialismus, ohne die man heute gar nichts in Osteuropa versteht; die Transformationen der politischen Systeme in elektorale Demokratien sowie die jüngeren Entwicklungen, die in vielen Ländern die demokratisch-rechtsstaatliche Organisation in Frage stellen. Schwerpunkte wurden auf die höchst diverse Entwicklung der Demokratie und insbesondere der politischen Parteien gelegt. Er analysierte etwa die strukturellen und „hausgemachten“ Probleme sozialdemokratischer Parteien, die in den 1990er Jahren einen sozial regulierten Kapitalismus sichern sollten, der soziale Sicherheit, Konsummöglichkeiten und Freiheit verband. Das war schwierig angesichts der Macht der internationalen Finanzinstitutionen, den Verlockungen der Privatisierungen für eine alt-neue Elite, dem Druck des Westens und der EU (insbesondere der Beitrittsländer aus Osteuropa) und den neoliberalisierten „Dritte Weg“-Orientierungen der sozialdemokratischen Parteien selbst, die meist weniger sozial und demokratisch waren als der Name suggeriert. Nicht zuletzt die Selbstbereicherung der politischen Eliten quer durch das Parteienspektrum führte zum Aufstieg rechtspopulistischer und -extremer Parteien (Dieter Segert bezeichnet sie als national- und sozial-populistisch), die aktuell das Bild in vielen Ländern Osteuropas prägen und ein drängendes gesellschaftspolitisches und damit wissenschaftlich zu erforschendes Problem sind.

In seinem Band „Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert“ (Facultas/UTB 2013; später Bundeszentrale für politische Bildung) skizziert und analysiert er die erste Transformation nach dem Ersten Weltkrieg und die zweite nach 1989. Der Band besticht durch anregende Fragen (und Antworten) jenseits des Positivismus: Kann Osteuropa überhaupt im Sinne von Regionalstudien erforscht werden? Warum konnten die „Bolschewiki“ sich überhaupt an der Macht halten? Siegte am Ende der DDR die Nation über die Klasse? Warum war die chinesische Transformation erfolgreicher als die sowjetische? Welcher Typ von Gesellschaft ist überhaupt in den osteuropäischen Ländern entstanden?

Dieter Segert interessiert sich auch für Utopien einer freien, gerechten und nicht-ausgrenzenden Gesellschaft. Daher nimmt er nach den Enttäuschungen des Staatssozialismus und der Transformation nach 1989 neue soziale Bewegungen, dissidente Eliten und neue Parteigründungen in den Blick. Und er sieht das in den meisten Ländern dramatische Problem, dass sich die vielfältigen sozialen und Umweltproteste kaum ins politisch-institutionelle System übersetzen. In diesem

Sinne ist Politikwissenschaft für ihn immer auch Demokratiewissenschaft mit einem gesellschaftspolitischen Auftrag.

Der präzise, oft multidisziplinäre Blick auf die Entwicklungen in Osteuropa macht Dieter Segert frei von modernisierungstheoretischen Annahmen, wie sie in der Politikwissenschaft dominieren. Er analysiert nicht nur die Probleme der politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse, sondern argumentierte, dass die Involutions der Demokratie in Osteuropa eher einen Trend indiziert, der sich auch in Westeuropa vollziehen könnte – und heute in der Tat sich in vielen Staaten vollzieht.

Eine Professur inne zu haben, bedeutete für Dieter Segert immer auch, sich institutionell zu engagieren. So war er von Oktober 2008 bis September 2012 und von Oktober 2014 bis September 2016 insgesamt sechs Jahre Vorstand des Instituts für Politikwissenschaft sowie in den beiden Jahren dazwischen (2012-2014) Vizestudienprogrammleiter der Politikwissenschaft. Hier lernten wir ihn als umsichtigen und kommunikativen, auf Interessenausgleich bedachten und für sinnvolle Neuerungen sich einsetzenden Wissenschaftsmanager kennen. Zudem engagierte er sich seit 2007 im Vorstand des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) und leitete mehrere Jahre den von der Universität Wien und dem IDM organisierten Universitätslehrgang „Interdisziplinäre Balkanstudien“. Seit 2009 war stellvertretender Sprecher der Forschungsplattform Wiener Osteuropaforum, aus der mittlerweile der Masterstudiengang „Interdisziplinäre Osteuropastudien“ entstanden ist. Eine solche Aufzählung ist nie komplett, denn es fehlt etwa sein Engagement in der Curricularreform, in Berufungskommissionen oder in der Betreuung von Abschlussarbeiten. Besonders hervorzuheben ist sein Engagement in der zunehmend mit politikwissenschaftlichen Inhalten versehenen LehrerInnenbildung.

Wir sind froh und stolz, mit Dieter Segert – dem „Reisenden auf dem Weg wissenschaftlicher Erkenntnis“, wie er sich selbst beschreibt – in unterschiedlichsten Formen kooperiert zu haben, seine Sachkenntnis, seine Urteilskraft und seinen Humor erlebt haben zu dürfen – und hoffentlich weiterhin erfahren zu dürfen. Die österreichische Politikwissenschaft, die Universität Wien, die an Argumenten interessierte Öffentlichkeit und die MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft sind ihm in vielerlei Hinsicht zu großem Dank verpflichtet.

Wien, im Februar 2017

*Ulrich Brand, Kathrin Braun, Oliver Marchart, Sieglinde Rosenberger und Birgit Sauer*

## Einleitung

*Hans Asenbaum, Felix Jaitner, Tina Olteanu und Tobias Spöri*

### **Die Region Osteuropa – vielfältig, widersprüchlich und komplex**

Der vorliegende Themenband: „Osteuropa transformiert: Sozialismus, Demokratie und Utopie?“ ist eine Festschrift zu Ehren der Emeritierung von Universitätsprofessor Dr. Dieter Segert, der die deutschsprachige Osteuropaforschung maßgeblich mitgeprägt und unkonventionelle Perspektiven dazu beigesteuert hat. Osteuropa ist für sozialwissenschaftliche Forschung eine fordernde und widersprüchliche Region, die eine wechselhafte Geschichte und Gegenwart aufweist. Diese Herausforderung annehmend entwickeln die AutorInnen dieses Buches unterschiedliche Perspektiven auf die Region und versuchen, kritisch den Staatssozialismus sowie die Transformation anhand von ausgewählten Aspekten zu reflektieren.

Das „annus mirabilis“ 1989 brachte für die staatssozialistischen Länder Europas in vielerlei Hinsicht einschneidende Veränderungen. Die Entwicklung nach dem Wendejahr 1989 in Richtung Marktwirtschaft und liberale Demokratie ist seitdem allerdings nicht ohne Stagnationen und Rückschritte verlaufen. Die anfängliche Euphorie verflüchtigte sich schrittweise. Beispielhaft lässt sich das an Entwicklungen in den ehemaligen Vorzeigestaaten der Transformation – Polen und Ungarn – verdeutlichen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hinterfragte 2014 öffentlich das „westliche“ Model der liberalen Demokratie. In seiner Rede über den „Aufbau des illiberalen Staats“ sprach er von der neuen Ausrichtung auf politische Systeme, die „nicht westlich, die nicht liberal, die keine liberale Demokratie, die vielleicht sogar nicht einmal Demokratien sind, die aber dennoch Nationen erfolgreich machen.“ Ähnliches gilt für Polen, das durch die Regierungsübername der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) 2015 einen deutlich autoritäreren Kurs eingeschlagen hat, der allerdings gesellschaftlichen Widerstand hervorruft. So wurden kurz nach dem Regierungswechsel verschiedene demokratische Institutionen wie der Verfassungsgerichtshof in ihrer Unabhängigkeit beschnitten. Gerade am Beispiel Polens lässt sich aufzeigen, dass der eingeschlagene Weg der PiS-Regierung auf eine verstärkt polarisierte Gesellschaft trifft. Einerseits genießt die demokratisch gewählte Regie-

– ähnlich wie die Fidesz-Regierung in Ungarn – das Vertrauen eines nicht unerheblichen Teils der Gesellschaft, andererseits trifft diese Art von Politik vermehrt auf offenen Protest.

Diese gesellschaftlichen Spannungen weisen auf eines hin: Osteuropa durchlebt eine weitere dynamische Phase. Eine Dimension dieser komplexen Entwicklung ist das Auftreten von verschiedenen Krisenphänomenen. Diese reichen von autoritären Tendenzen und großer politischer Apathie in der Bevölkerung, über wachsende soziale Ungleichheit bis hin zum vermehrten Aufstieg populistischer Parteien und antidemokratischer BürgerInnenbewegungen. Diesen Krisenphänomenen stehen politische Erneuerungstendenzen gegenüber. Aufkeimende alternative Gruppierungen reflektieren kritisch den sozialen Kahlschlag der neoliberalen Transformation und Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und substantieller politischer Beteiligung in der Öffentlichkeit. Es ist damit weder das „Ende der Geschichte“ als Siegeszug der liberalen-rechtsstaatlichen Demokratie eingetroffen, noch ein Endpunkt im Sinne eines neuen Autoritarismus. Primär zeichnet sich in vielerlei Hinsicht eine tiefe Enttäuschung über das seit 1989 Erreichte und Verlorene ab. Es ist damit notwendig, einen geschärften Blick auf diese vielseitige Region zu werfen.

### **Osteuropa transformiert: Sozialismus, Demokratie und Utopie**

Dieser Sammelband hat zwei Ziele. (i) Das Buch leistet einen Beitrag zur Osteuropaforschung, indem vergangene sowie aktuelle Prozesse in Osteuropa aus der Perspektive verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen wie der Politik-, der Geschichts- und Rechtswissenschaft analysiert werden. Verschiedene Krisenphänomene bilden hierfür den Ausgangspunkt. Innovative und unkonventionelle Perspektiven auf die Transformation in Osteuropa ermöglichen es, einen Bogen von den Ausprägungen der Staatssozialismen über die Transformationsphase bis hin zu aktuellen Entwicklungen zu schlagen. Dabei wird im Vergleich zu gängigen Transformationswerken speziell auf historische Besonderheiten und gesellschaftliche Veränderungen eingegangen. (ii) Zugleich erscheint das Buch zu Ehren und anlässlich der Emeritierung von Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert, der von 2005 bis 2017 am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien den Lehrstuhl für Transformationsprozesse in Mittel-, Ost- und Südeuropa innehatte. In seinem umfassenden und vielschichtigen Werk befasste sich Dieter Segert vor allem mit der Geschichte und dem Erbe des europäischen Staatssozialismus sowie der Transformation und aktuellen politikwissenschaftlichen Phänomenen in Osteuropa. Er forschte unter anderem zur Parteienentwicklung, der Auswirkung ökonomischer Ungleichheit auf politische Partizipation und ansteigenden populistischen Tendenzen.

In diesem Sammelband werden drei Elemente beachtet, die vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Region sowie des aktuellen Forschungsstandes und insbesondere Dieter Segerts wissenschaftlichem Werk von besonderer Bedeutung sind: (i) die Relevanz des Staatssozialismus für das bessere Verständnis der postsozialistischen Entwicklung, (ii) der kritische Blick auf die Resultate der Transformation und (iii) das Denken in Alternativen und erstrebenswerten Zukunftsszenarien, also die Bedeutung von gesellschaftspolitischen Utopien heute. Zudem spiegelt das Buch auch Dieter Segerts wissenschaftliche Neugier und Offenheit gegenüber anderen wissenschaftlichen Ansätzen wider. Insofern kommen im Sammelband WeggefährterInnen aus Ost- und Westeuropa zu Wort, die im Sinne des Pluralismus an Forschungsperspektiven verschiedene Blickwinkel bei ihrer Analyse anlegen. Dadurch werden verschiedene diskursive Facetten der aktuellen Osteuropaforschung sichtbar gemacht. Somit geht es in diesem Sammelband nicht nur um Analysen zu Osteuropa, sondern auch um den Dialog zwischen Ost- und Westeuropa. Deshalb wurden AutorInnen aus verschiedenen Disziplinen und Ländern eingeladen zum Themenband beizutragen.

### *Staatssozialismus*

Im Gegensatz zu der aus Zeiten des Ost-West-Konflikts stammenden monolithischen Perspektive auf Osteuropa, ist es das Ziel dieses Buches die historische, sprachliche, religiöse, kulturelle und politische Vielfalt der Region hervorzuheben. Segert macht in seinem Werk deutlich, wie unterschiedlich die diversen Ausprägungen staatssozialistischer Herrschaft in Osteuropa waren. So stehen autoritäre Herrschaftssysteme wie jene der DDR, der UdSSR und der Sozialistische Republik Rumäniens reformkommunistischen Tendenzen wie dem ungarischen Kadarismus, einzelnen reformorientierten Phasen wie dem tschechoslowakischen „Prager Frühling“ und alternativen Projekten wie der jugoslawischen ArbeiterInnenselbstverwaltung gegenüber. Weitere Bruchlinien bestehen zwischen der historischen Wandlung staatssozialistischer Diktaturen zu Konsumsozialismen und zwischen den imperialen Ansprüchen der UdSSR gegenüber den sich entwickelnden Nationalkommunismen in den restlichen Staaten.

Dieter Segert begreift die Staatssozialismen Osteuropas als Modernisierungsversuche peripherer Länder gegen die kapitalistischen Zentrumsstaaten. Zentral ist hierbei das Verständnis der Abhängigkeit des Systems von der Subelite beziehungsweise der Dienstklasse, also von Staatsbürokratie und KP-Mitgliedern, die nicht zur Führungselite gehörten (Segert 2009). Diese wurden einerseits durch die „Dressur ihrer beruflichen Lebensziele“ kontrolliert, waren aber andererseits insofern in einer Machtposition als sie der Elite Zugeständnisse abringen konnten. Letztere musste

präemptiv auf die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung, die durch die Dienstklasse vermittelt wurden, eingehen, was zu einer gewissen Responsivität des Systems führte. Als Reaktion auf die gesellschaftlichen Krisen der 1950er und 1960er Jahre setzte sich in vielen Ländern ein Konsumsozialismus durch. Durch Diversifizierung des Warenangebots und einer Stärkung der Kaufkraft sollte gesellschaftlichem Unmut entgegengewirkt werden. Die staatssozialistische Ideologie hatte dabei einen ambivalenten Charakter: einerseits limitierte sie das Denkbare und erfüllte eine Kontrollfunktion, andererseits bot sie auch Raum und Projektionsfläche für tatsächliche sozialistische Überzeugungen. Dies führte zu Dissens und Widerstand aber auch zu reformkommunistischen Ansätzen, die in einem ständigen Reformzyklus zur Ausdifferenzierung der diversen osteuropäischen Staatssozialismen in der Periode des Spätsozialismus führten.

### *Demokratie*

Die 1989 begonnene Transformation in Richtung liberaler Demokratie umfasst in erster Linie die Umgestaltung, beziehungsweise den Aufbau liberal-demokratischer Institutionen wie Verfassungen, freier und fairer Wahlen, unabhängiger Gerichte, pluralistischer Parteiensysteme und unabhängiger Medien. Allerdings zeigt sich an der Region, dass das formelle Erfüllen dieser Kriterien nicht automatisch zu einer Konsolidierung der repräsentativen Demokratie führen muss. Das Vertrauen in die eben genannten Institutionen ist in Osteuropa besonders niedrig (Lovell 2001, Mishler/Rose 2001), wodurch der analytische Fokus auch auf den Wahrnehmungen und Erfahrungen der BürgerInnen liegen muss.

Wie eingangs schon ausgeführt, wurden neben den politischen Systemen auch die osteuropäischen Volkswirtschaften von Plan- auf Marktwirtschaft umstrukturiert. Die Regierungen verfolgten dabei überwiegend eine neoliberale Politik, die für große Teile der Bevölkerung negative Konsequenzen mit sich brachte (Allardt 2002). Dies lässt sich beispielsweise anhand der unterschiedlichen Erfolge bei der Privatisierung des ehemaligen Staatseigentums aufzeigen. Unabhängig von der Art der Privatisierung, konzentrierte sich das Kapital in den meisten Fällen schnell in den Händen einer kleinen Wirtschaftselite. Zusammen mit der Erosion sozialer Standards und dem Abbau des Wohlfahrtsstaats entstanden so die heutigen Gesellschaften, die von hoher sozialer Ungleichheit und damit ungleicher Machtverhältnisse geprägt sind (Segert 2010). Gleichzeitig nehmen westliche Firmen vielfach eine dominierende, marktbeherrschende Stellung ein. Der Ökonom Berend (1996) schreibt in diesem Kontext auch von der „Rückkehr Osteuropas zur Peripherie“.

Die in der Forschung oftmals propagierte Annäherung Osteuropas an den Westen ist nur begrenzt eingetroffen. Teilweise ist sogar das Gegenteil der Fall. Dieter Segert argumentiert, dass der „Osten im Hinblick auf allgemeine Entwicklungen (des

politischen Wandels) so etwas wie ein Trendsetter ist. Die Probleme der Demokratie, die kritischen Prozesse ihrer Entwicklung (...) müssen zunehmend auch für den Westen erwartet werden (...)“ (Segert 2008: 29). Dieser empirischen Beobachtung folgend wäre zu überlegen, inwiefern Osteuropa als „Trendsetter“ für vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen (ökonomische Peripherisierung, Krise der repräsentativen Demokratie und Aufstieg rechtspopulistischer Parteien) angesehen werden kann, die sich seit der Finanzkrise ab 2007/08 auch im Rest Europas verstärkt beobachten lassen. Durch diese Herangehensweise ist es möglich, die in der Forschung dominante Vorstellung von Osteuropa als dem „Anderen“ und im Vergleich zum Westen Rückständigeren zu überwinden. Damit scheint Osteuropa am Puls aktueller Entwicklungen in Europa und auf der ganzen Welt. Das führt einem das dortige Zusammenspiel von Krisen, Erneuerung, Brüchen und Beschleunigung anschaulich vor Augen.

### *Utopie*

Sozialwissenschaften haben einen wichtigen gesellschaftspolitischen Auftrag, in dem sie Analysen zu spezifischen Problemlagen liefern. Dies erfolgt sowohl theoretisch als auch empirisch. Wesentlich zögerlicher verhält es sich mit dem Anspruch, Alternativen denkbar zu machen, dem nicht alle WissenschaftlerInnen in gleicher Weise folgen. Dennoch ist die Fragen nach Utopien oder utopischen Projekten zum einen eine kritische Reflexion der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und zum anderen eine Möglichkeit über Alternativen nachzudenken. Dabei geht es gewiss nicht um eine gesellschaftliche Blaupause. „Utopisch soll ein Denken genannt werden, das mit attraktiven Vorschlägen eine wesentliche Änderung gesellschaftlicher Praxis anstrebt. Attraktiv muss es sein für die Vielen, gewissermaßen alltagstauglich“ (Segert 2017, in diesem Band). Utopisches Denken in diesem Sinne ist das Streben nach einer breiten emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklung, das Schritt für Schritt bestehende Probleme versucht zu lösen, auf neue Probleme reagiert und außerhalb bestehender Normen möglich ist.

### **Beiträge des Sammelbandes**

In den Beiträgen zu diesem Band spiegeln sich viele der Thesen Dieter Segerts wider. Einige Beiträge nehmen dabei eine kritische Haltung gegenüber seinem Werk ein. Dies geschieht ganz im Sinne Dieter Segerts pluralistischem Demokratieverständnis. Er hat Demokratie mitunter als die Möglichkeit Kritik und alternative Perspektiven zu artikulieren bezeichnet. In diesem Sinne findet im Sammelband eine Diskussion statt, die so vielseitig, bunt und widersprüchlich ist, wie Osteuropa selbst.

Eine wichtige Rolle in Dieter Segerts Werk nimmt sicher auch seine eigene Biografie ein, die ihm eine besondere Stellung zwischen Ost und West verschafft. Als ostdeutscher DDR-Bürger lebte er zwar in einem staatssozialistischen Land, das jedoch nicht in Osteuropa lag. Nach der Wiedervereinigung lebte er zwar im „Westen“, machte Osteuropa aber zu seinem Forschungsobjekt und dem Ziel unzähliger Reisen und Forschungsaufenthalte. Als Kind, Kritiker und Reformers des Staatssozialismus war Dieter Segert in einer prädestinierten Position die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa und ihre Wechselwirkungen mit Westeuropa zu analysieren. Nachdem das „Ende der Geschichte“ eindeutig auf sich warten lässt und vermehrt Krisen auftreten, bedarf es neuer Zukunftsvisionen – oder Utopien. Die Reflexion der Erfahrungen und aktuellen Entwicklungen in Osteuropa ist dafür unumgänglich. Die folgenden Texte stellen einen Beitrag hierzu dar.

Die Festschrift ist in drei Teile gegliedert und greift jeweils eine der oben genannten Dimensionen auf: (i) die Analyse der osteuropäischen Staatssozialismen vor 1989, (ii) die Transformation in Osteuropa seit 1989 und (iii) Denkanstöße für Utopien als gesellschaftliche Alternativen.

Im ersten Teil werden die staatssozialistischen Regime einer kritischen Reflexion unterzogen. Zudem wird erläutert, welche alternativen Gesellschaftsvorstellungen vor 1989 relevant waren und beispielsweise von DissidentInnen proklamiert wurden. So ist das Jahr 1989 nicht als „Stunde null“, sondern vielmehr im Kontext der unterschiedlichen osteuropäischen Staatssozialismen zu verstehen, um die anschließende Transformation in Osteuropa in all ihren Facetten zu begreifen. Dadurch werden diverse Dimensionen von Geschichte, Kultur, Ökonomie und Institutionen sowie nationale als auch internationale Akteurskonstellationen miteinbezogen. Die Spannbreite der Beiträge reicht von totalitarismustheoretischen Ansätzen bis zu sozialgeschichtlichen Analysen der Staatssozialismen. Somit werden sowohl die Auswirkung formaler Institutionen rekonstruiert als auch informelle Herrschafts- und Funktionsweisen der Systeme behandelt.

Der erste Beitrag stammt von dem Philosophen Michael Brie und handelt von den vielseitigen Facetten des europäischen Staatssozialismus. Dabei reflektiert Brie über das Verhältnis von Akteuren, Institutionen und Ressourcen im staatssozialistischen Osteuropa und deren Bedeutung für die wissenschaftliche Analyse der Staatssozialismen. Er verweist auf das Fehlen der Kategorie Ressource in politikwissenschaftlichen Diskussionen über Institutionen und Akteure und entwickelt darauf aufbauend den akteurzentrierten Reproduktionsansatz. Der Historiker Gert-Joachim Glaebner widmet sich anschließend Kontroversen der internationalen Kommunismusforschung vor 1989. Dabei würdigt er kritisch totalitarismustheoretische Ansätze zur Analyse der osteuropäischen Staatssozialismen. Glaebner argumentiert, dass die totalitären Herrschaftsinstrumente zwar im Laufe der Zeit abgeschwächt wurden, allerdings bis zum Ende als Drohkulisse bestand hatten und somit zur Stabilität der

Systeme beitragen. Darauf folgt ein Beitrag zum Thema „Utopie – Opium für Intellektuelle“ vom Politikwissenschaftler Anton Pelinka. Er diskutiert am Beispiel des Marxismus-Leninismus die Attraktivität dieser Denkschule und zeigt zugleich deren Schwachpunkte auf. Die Juristin Rosemarie Will folgt mit der Analyse von Eigentum und Planung als juristisches Problem staatssozialistischer Gesellschaften. Will argumentiert, dass das Privateigentum zu den Grundrechten eines jeden Menschen gehört. Darauf aufbauend untersucht sie am Beispiel der DDR das Dilemma zwischen individuellen Freiheiten und staatsgelenkter Planung. Obwohl dieses Dilemma innerhalb der politischen Elite der DDR kontrovers diskutiert wurde, stellte es schließlich ein aus Wills Sicht unüberwindbares Hindernis für das Fortbestehen der DDR dar. Der Politikwissenschaftler András Bózoki widmet sich anschließend den ungarischen DissidentInnen und deren Wirken vor und nach 1989. Dabei zeigt Bózoki auf, inwiefern es den DissidentInnen gelang den Diskurs im staatssozialistischen Ungarn zu beeinflussen und welche Kanäle sie dafür nutzten.

Der zweite Teil legt den Fokus auf unterschiedliche Facetten der osteuropäischen Transformationsprozesse. Dadurch stehen nicht nur klassische Institutionen der liberalen Demokratie im Zentrum sondern ebenso gesellschaftliche Dynamiken. So wird Osteuropa, der Trendsetter-These folgend, als Region angesehen, in der generell auftretende gesellschaftliche Problemlagen seit den 1990er sichtbar werden.

Der Politiker und Publizist Hans-Jürgen Misselwitz leistet den ersten Beitrag zur Transformationsphase. Seine Ausführungen konzentrieren sich auf das Jahr 1991 – dem Jahr Eins nach der deutschen Einheit. Misselwitz setzt sich dabei mit den politischen und ökonomischen Krisen in Osteuropa in den 1990er Jahren sowie mit der deutschen Außenpolitik am Beispiel des Jugoslawien-Kriegs und Deutschlands Rolle in Europa kritisch auseinander. Das Aufkommen alter nationalstaatlicher Rivalitäten und historisch-politischer Abgrenzungen in Europa stellt seiner Ansicht nach das europäische Projekt in Frage, das 1991 noch so hoffnungsvoll skizziert wurde. Der Historiker Philipp Ther schließt mit seinem Beitrag zur Neoliberalisierung Osteuropas nahtlos an Misselwitz an. Dabei führt Ther in prägende Ereignisse ein, vom Washington Consensus bis zur Neoliberalisierung Chiles, die die Entwicklung Osteuropas maßgeblich beeinflusst haben. Anschließend untersucht der Historiker Markku Kangaspuro in seinem Beitrag die Transformation Russlands. Dabei widmet er sich den Einstellungen der russischen Bevölkerung zum russischen Staat und den entsprechenden Erwartungshaltungen. Kangaspuro diskutiert die innenpolitische Wirkung der Annexion der Krim und deren Funktion für die russische Regierung. Die Politikwissenschaftlerin Dorothee de Nève vergleicht im Anschluss politische Partizipation in West- und Ostdeutschland. De Nève kommt zu dem Ergebnis, dass die erwartete „Normalisierung“ im postsozialistischen Osten des Landes ausgeblieben ist, vor allem was Wahlbeteiligung und Parteibindung betrifft. Im Gegensatz zu

Protest werden diese institutionalisierten Partizipationsinstrumente in Ostdeutschland weniger stark angewandt, was die Autorin im Hinblick auf die Erfahrungen mit beiden Systemen diskutiert. Die Politikwissenschaftlerin Anna Krasteva durchleuchtet daran anschließend die Ursachen für Populismus in Osteuropa. Dabei skizziert Krasteva eine Strategie der politischen Elite, immer neue Krisen und Ängste beschwören. Dadurch kaschiert sie ihre Unfähigkeit, akute Probleme zu lösen. Zudem identifiziert sie den Bedarf für neue Horizonte oder Utopien, an die die BürgerInnen in Osteuropa glauben können. Daran anknüpfend diskutiert die Politikwissenschaftlerin Tina Olteanu die dystopischen Aspekte des Institutionentransfers im Hinblick auf Parteien. Segerts Trendsetter-These aufgreifend zeigt Olteanu inwiefern die aktuelle Realität der Parteiensysteme Osteuropas womöglich bald verstärkt auch in Westeuropa zu finden sein wird. Die Politikwissenschaftlerin Karin Liebhart widmet sich der diskursiven und visuellen Repräsentation des „Ostens“ in der medialen Berichterstattung über die Krise(n) Europas.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit den Problemlagen heutiger osteuropäischer Demokratien und wie man Gesellschaften freier und gerechter – demokratischer – gestalten kann. Damit wird der Diskussion von Utopien und alternativen Gesellschaftsentwürfen im post-sozialistischen Kontext Raum gegeben. Das Nachdenken über Utopien ermöglicht nicht nur eine Diskussion über alternative Entwürfe zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern auch einen konkreten Beitrag zu ihrer möglichen Veränderung. Dieser Ansatz impliziert eine aktive Haltung von WissenschaftlerInnen, indem sie in öffentliche Debatten intervenieren.

Den Auftakt dieses Kapitels bildet ein bisher unveröffentlichter Text von Dieter Segert zu gesellschaftlichen Utopien. Darin setzt er sich kritisch mit dem Utopiebegriff auseinander und plädiert dennoch für den Wert und die Notwendigkeit des Vorantreibens von Utopien für die Gesellschaft. Diese hätten das Potential positiven gesellschaftlichen Wandel anzustoßen. Im letzten Beitrag des Sammelbands wirft Valerii Khasiev einen ganz persönlichen Blick zurück auf seine gemeinsame Kommunikation mit Dieter Segert und diskutiert dabei vergangene Hoffnungen und deren Bedeutung für die Zukunft. Abschließend erfolgt das Resümee der HerausgeberInnen, die aktuelle Ergebnisse und neue Perspektiven der Osteuropaforschung aufzeigen.

## Literaturverzeichnis

- Allardt, Erik (2002): The questionable blessing of the modernization concept. In: Adamski, Wladyslaw/ Machonon, Pavel/ Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Structural Change and Modernization in Post-Socialist Societies*. Hamburg: Krämer, 303-312.
- Berend, Iván T. (1996): *Central and Eastern Europe, 1944-1993: detour from the periphery to the periphery*. New York, Cambridge University Press.
- Lovell, David W. (2001): Trust and the politics of postcommunism. *Communist and Post-Communist Studies* 34 (1): 27-38.
- Mishler, William, and Richard Rose (2001): What Are the Origins of Political Trust?: Testing Institutional and Cultural Theories in Post-communist Societies. *Comparative Political Studies* 34 (1):30-62.
- Segert, Dieter (2008): Parteien und Transformation in Osteuropa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. In: Bos, Ellen/ Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Berlin: Barbara Budrich, 11-32.
- Segert, Dieter (2009): Der verspätete Widerstand : der Beitrag der Dienstklasse zum friedlichen Ende der Diktatur in der DDR. *Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 48 (1):77 - 86.
- Segert, Dieter (2010): Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? In: *WISO* 33 (3):29-42.
- Segert, Dieter (2017): Utopien heute? Gegen die scheinbare Überflüssigkeit eines Denkens in Alternativen. In diesem Band, 245-260.

## **Der europäische Staatssozialismus – Vielfalt in der Einheit**

Methodologische Reflexionen zum Verhältnis von Akteuren, Institutionen und Ressourcen

*Michael Brie*

Die Entstehung staatssozialistischer Länder in Ostmittel- und Südosteuropa ist eines der Resultate des Zweiten Weltkriegs. Die Verhandlungen in Jalta im Februar 1945 stellten die Weichen für die Spaltung Europas in eine von den USA und eine von der Sowjetunion dominierte Einflussosphäre. Die Vereinbarungen zu Polen schufen den De-facto-Präzedenzfall, dass die von der Sowjetunion eingesetzten Regierungen in Ostmitteleuropa auf Dauer gestellt würden (Harbutt 1989: 85ff., umfassender und auf Basis der neueren Quelle auch Harbutt 2014). Überlegungen, die Zusage von freien und uneingeschränkten Wahlen in Polen und anderen ostmitteleuropäischen Ländern mit Waffengewalt zu erzwingen und dafür zum 1. Juli 1945 einen massiven Angriff auf die sowjetischen Truppen zu starten (die von Winston Churchill in Auftrag gegebene Überlegungen zu einer „Operation Unthinkable“), wurden als völlig unrealisierbar ad acta gelegt (Walker 2013). Und wie die Entstehung so ist auch der Untergang der staatssozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa und Südosteuropa an das Ende eines Krieges, des Kalten Krieges, gebunden. Der Rückzug der Sowjetunion besiegelte das Schicksal der Regime kommunistischer Parteiherrschaft in diesen Ländern, vorbereitet und vorangetrieben durch innere Erosionsprozesse in den Eliten, der Dienstklasse und bei der Bevölkerung dieser Länder.

Das Institut für interdisziplinäre Zivilisationsforschung am Fachbereich Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, an dem Dieter Segert und ich nach 1990 für einige Zeit gemeinsam arbeiteten, hatte sich den Umbruchprozessen, ihren Ursachen und Folgen, systematisch zugewandt gehabt (vgl. ausführlich in Segert 2008). Es konnte an Forschungszusammenhänge anknüpfen, die in der DDR entstanden waren und auf eine umfassende politische, wirtschaftliche und ökologisch orientierte Transformation des Staatssozialismus zielten (vgl. zusammenfassend Land/ Possekel 1999). Dieter Segert hat in diesem Zusammenhang vor allem Fragen der politischen Kultur bearbeitet (Segert 1992a, 1992b). Schon diese Forschungen machten auf folgendes Paradoxon aufmerksam: Einerseits sind alle europäischen staatssozialistischen Länder durch die weitgehend

gleichen Strukturen geprägt gewesen und waren andererseits doch sehr verschieden. Sie hatten einen gemeinsamen Ursprung und sind gemeinsam untergegangen, unterschieden sich aber in ihrer konkreten Gestalt wesentlich. Lebensweisen und Herrschaftsformen waren durch eine beträchtliche Diversität gekennzeichnet. Der Übergang fand fast zeitgleich statt und gestaltete sich doch grundverschieden.

In seinem Buch zu Transformationen in Ostmitteleuropa hat Dieter Segert die Geschichte dieser Länder für das 20. Jahrhundert sozialwissenschaftlich rekonstruiert und auch die Frage nach der Vielfalt der Wege innerhalb des durch die Sowjetunion vorgegebenen Modells diskutiert. Er hat dabei folgende Faktoren identifiziert, die in ihrem Zusammenspiel diese Vielfalt erklären: (1) Modernisierungsniveau, Demokratisierungserfahrungen und unterschiedliche Formen der Einbindung in das sowjetisch dominierte System und die Nähe oder Ferne zu Westeuropa bzw. die Stellung im globalen System sowie (2) Strategien im Dreieck von Führung, Dienstklasse und relevanten Gruppen der Bevölkerung (Segert 2013: 68-106). Wie er feststellt:

Wenn die Unterschiede [zwischen den staatssozialistischen Ländern – M. B.] kein automatischer Ausfluss irgendeines Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung sind, dann kommt es darauf an, die Akteure der Veränderungen zu finden. Dafür benötigt man eine ausdifferenzierte Vorstellung von den in den Ländern des Spätsocialismus gegebenen Herrschaftsverhältnissen. (ebd.: 79)

Das Wirken objektiver „Faktoren“ ist also immer akteursvermittelt.

Auf einer etwas anderen methodologischen Grundlage habe ich in den 1990er Jahren zwei Sets von Faktoren ausgemacht, die diese Differenzen der staatssozialistischen Gesellschaften erklären: (1) das Modernisierungsniveau zu Beginn der staatssozialistischen Transformation und (2) die spezifische Einbindung in das sowjetische und internationale System. Das Wirken dieser Faktoren ist nach dem damals gewählten Ansatz wie auch bei Dieter Segert über die Handlungsstrategien von drei Akteursgruppen vermittelt – den Herrschaftseliten, der staatssozialistischen Dienstklasse und der Bevölkerung. Die genannten Faktoren kommen nur über das strategische Agieren dieser Gruppen zur Wirkung und auch nur, insofern sie dafür relevant sind. Ich zog den Schluss:

Die verschiedenen Typen kommunistischer Herrschaft in den staatssozialistischen Ländern sind das Resultat der verschiedenen, auf die Außen- und Binnendimension kommunistischer Herrschaft angelegten Strategien der Staatsparteien, ihrer einzelnen Gruppierungen wie aber auch jener Akteure, die der Opposition bzw. dem Volk zuzuordnen sind. (Brie 1998: 97)

Unabhängig davon, wie nun im Einzelnen die Differenz in der Einheit der europäischen staatssozialistischen Gesellschaften erklärt wird, bleibt die Frage, welche sozialwissenschaftliche Methodologie grundsätzlich in der Lage ist, diese Differenzen von gesellschaftlichen Entwicklungswegen zu erklären, die institutionell so viel

gemeinsam hatten. Nun ist nicht nur der europäische Staatssozialismus Geschichte, sondern auch die Analyse seiner Entstehung, Evolution und seines Untergangs weitgehend abgeschlossen (vgl. den zusammenfassenden Überblick in Segert 2015). Was innerwissenschaftlich bleibt, sind vor allem erreichte methodologische Fortschritte beim Verständnis sozialen Wandels in seinen verschiedenen Formen. Gesellschafts-Transformation ist nur ein sehr besonderer Fall solchen Wandels (vgl. zu diesem Typ im Besonderen Reißig 2009). Wenn nun diese Forschung wie auch die zu den unterschiedlichen Transformationspfaden früherer staatssozialistischer Länder nach 1989 das Problem der Erklärung von Vielfalt in der Einheit aufwirft, dann ist damit eine grundlegende Fragestellung sozialwissenschaftlicher Forschung bei der Erklärung des Entstehens, der Evolution und des Vergehens sozialer Systeme überhaupt berührt – das Verhältnis von akteurzentrierten und strukturzentrierten Ansätzen.

Das von Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener herausgegebene „Handbuch Transformationsforschung“ registriert das „Paradox“, dass trotz des „theoretischen Aufbruchs“ „die meisten Forscher hinsichtlich der Aufgabe einer Theorie der Gesellschaftstransformation hochgradig skeptisch“ bleiben und sich auf „Theorien mittlerer Reichweite“ konzentrieren (Kollmorgen/Merkel 2015: 213). Im Theorieteil beziehen sie sich auf drei konkurrierende Großtheorien (Systemtheorie, Institutionalismus und Akteurstheorien) und bei dem Versuch der Kombination wählen sie die Verbindung von System- und Akteurstheorien. Wie unbefriedigend diese „Lösung“ ist, zeigt sich u. a. an der These: „Die Frage, ob letztendlich Strukturen oder systemische Prozesse eine wichtigere Rolle spielen als Akteure oder vice versa lässt sich allgemein theoretisch nicht entscheiden“ (Kollmorgen/Merkel 2015: 214). Akteure und Strukturen bzw. systemische Prozesse erscheinen in einer solchen Perspektive als voneinander getrennte Faktoren, die - jeder für sich - einen mehr oder minder starken Einfluss haben. Auch die von ihnen vorgenommene Auflösung des Gegensatzes von Akteurs- und Strukturansätzen bleibt an der Oberfläche, weil eigentlich nichts anderes unternommen wird, als eine je konkrete Handlungssituation genauer zu bestimmen. Die Prozesse der Veränderung der Handlungssituationen im *reproduktiven* Zusammenhang bleiben ausgeklammert. Handlungssituation führt in diesem Verständnis zu immer neuen Handlungssituationen, die möglichen Veränderungen werden nur aus den Entscheidungen der Akteure und ihren institutionellen Folgen selbst abgeleitet, wie aus folgender zusammenfassenden Position deutlich wird:

Verbindet man die konkrete Akteursanalyse (Welche Akteure sind relevant, über welche Machtressourcen verfügen sie, welche Allianzen gehen sie ein, welche Strategien verfolgen sie?) mit der Restriktionsanalyse der handlungsbeeinflussenden Strukturen und Regeln, können die Analysepotenziale beider Theorieansätze im Hegel'schen Sinne aufgehoben werden. (Kollmorgen/ Merkel 2015: 216)

Die Erkenntnisgewinne der Modernisierungstheorie und der evolutionären systemtheoretischen Ansätze oder eines aufgeklärten Marxismus, die in dem Handbuch dargestellt werden, gehen in einem solchen Ansatz weitgehend verloren. Die Ursache dafür ist: Neben Akteuren und Institutionen fehlt hier ein Drittes und Entscheidendes – die Ressourcen einer Gesellschaft und ihre Reproduktion innerhalb komplexer systemischer Zusammenhänge. Zum einen können diese Ressourcen nicht wie hier einfach den handelnden Akteuren zugeschlagen werden, denn der Zugang zu den Ressourcen ist weitgehend durch Institutionen im weitesten Sinne vermittelt. Zum anderen können sie aber auch nicht mit den Institutionen oder Regeln identifiziert werden.

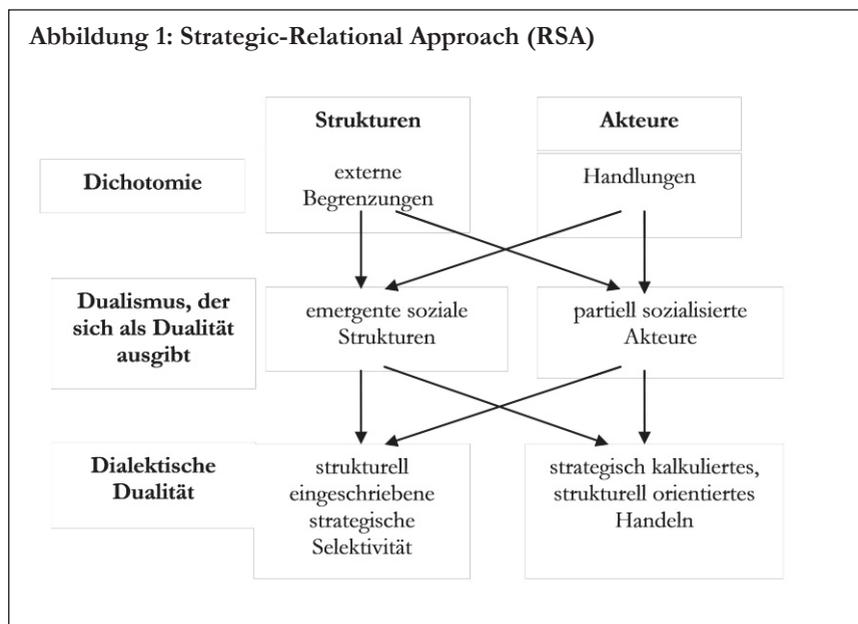
Dieses Fehlen des Dritten gegenüber Akteuren und Institutionen ist insofern bemerkenswert, weil es zweifelsohne ein zentrales Merkmal aller Gesellschaften und gesellschaftlichen Systeme im Kontext der Moderne ist, dass sie durch einen unendlichen Ressourcenhunger getrieben werden – im Stoffwechsel mit der Natur, bei der Unterordnung und Auflösung traditioneller Produktionsweisen und bei der Orientierung auf Wachstum und Entwicklung. Die Legitimation dieser Gesellschaften ist bisher im hohen Maße abhängig davon gewesen, dass und vor allem *wie* sie diesen „Hunger“ befriedigen.

In Auseinandersetzung mit Anthony Giddens hat Bob Jessop einen *Strategic-Relational Approach (SRA)* entwickelt, der die organische wechselseitige Bezogenheit von Akteure und Institutionen/ Handlungsstrukturen konzeptionell aufnimmt und die Dichotomie der beiden aufzuheben verspricht. Giddens hatte mit dem „Theorem der Dualität von Struktur“ die These aufgestellt, nach der die „Strukturmomente sozialer Systeme sowohl Medium wie Ergebnis der Praktiken [sind], die sie rekursiv organisieren“ (Giddens 1992: 77). Jessop schreibt:

[Giddens] Dualismus verbindet die beiden Kategorien, indem er Strukturen (d. h. Regeln und Ressourcen) Handeln (als konkretes Verhalten) gegenüberstellt und/oder sie als sich wechselseitig hervorbringend betrachtet. Ungeachtet dieser Gegenüberstellung von Strukturen gegenüber Handeln ist der Ansatz doch abstrakt; und ungeachtet der ständigen Referenzen auf Rekursivität bleibt er atemporal. Eine wirkliche Dualität kann durch die dialektische Inbeziehungsetzung beider analytischer Kategorien (im Unterschied zum mechanischen Bezug) hergestellt werden. [...] In einem solchen Kontext kann soziale Struktur in ‚strategisch-relationalen‘ Begriffen untersucht werden, d. h. als Struktur, in die strategische Selektivität eingeschrieben ist; und Handeln kann gleichfalls analysiert werden im Sinne des Verhaltens von Akteuren mit einer strategisch sich kalkulierend auf die Verhältnisse beziehenden Orientierung. Ersteres bedeutet, dass die strukturellen Beschränkungen immer selektiv wirken; sie sind nicht absolut und unbeding, sondern immer zeitlich, räumlich konkret und spezifisch für bestimmte Akteure und deren Strategien. Letzteres schließt ein, dass Akteure reflexiv sind und in der Lage, in Grenzen ihre eigenen Identitäten und Interessen verändert zu formulieren sowie sich auf eine strategische Kalkulation ihrer gegenwärtigen Situation einzulassen. (Jessop 2007: 41)<sup>1</sup> (vgl. Abbildung 1).

---

1      Englischsprachige Zitate sind vom Autor übersetzt worden.



Quelle: Jessop 2007: 41

Durch eine einfache Klammer werden in diesem Modell von Bob Jessop Regeln und Ressourcen unter den Überbegriff der Strukturen subsumiert. Dies scheint problematisch. Schon Giddens hatte formuliert, dass sich soziale Systeme „in den bewusst vollzogenen Handlungen situierter Akteure“ gründen, „die sich [...] jeweils auf Regeln und Ressourcen beziehen“ (Giddens 1992: 77), ohne aber den Ressourcen, ihrer Produktion und Reproduktion, einen eigenständigen Platz im Ausgangspunkt der Theorie der Strukturierung einzuräumen. Sie müssen dann post festum im Zusammenhang mit der Erklärung von „Wandel, Evolution und Macht“ in ihrer wirklichen Bedeutung eingeführt werden (vgl. Giddens 1992: 314ff.) – als ergänzende Variable. In der Konsequenz sind die Institutionen von Fragen der Macht und des Eigentums merkwürdig entkoppelt und ihres Gehalts entleert. Man könnte auch marxistisch informiert sagen: Diese Art der Verkoppelung von Akteurs- und Institutionentheorien blendet die auf die Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen gegründeten Macht- und Herrschaftsverhältnisse im Fundament der Theorie aus, um sie in den oberen Stockwerken dann wieder einzuführen.

Anders sieht dies aus, wenn man soziale Regeln oder Institutionen einerseits und Handlungsressourcen andererseits prinzipiell voneinander unterscheidet.

Regeln legen mehr oder minder bindend und durchsetzbar die *Formen* von sozialer Interaktion fest. Soziale Akteure gehen aber gesellschaftliche Verhältnisse eben deshalb ein, weil sie sich außerhalb dieser Formen nicht reproduzieren können, denn die Regeln *vermitteln* den Zugang zu ökonomischen, sozialen, politischen oder kulturellen Ressourcen, von denen die Existenz und Handlungsfähigkeit der Akteure abhängt und ohne die sie keine sozialen Akteure werden oder bleiben. Auch dialektisch gefasst wird der Dualismus von Akteuren und Institutionen deshalb durch Bob Jessop nicht überwunden, sondern nur noch einmal und eleganter reproduziert. Man könnte auch sagen, dass er einerseits die Akteure in ihren Absichten nicht hinreichend ernst nimmt, die genau darin bestehen, durch den Zugang zu Ressourcen ihre eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten, zu erweitern, zu verändern. Ein Akteur, der dies aus dem Auge verliert und/oder nicht zu sichern vermag, scheidet schlicht als Akteur aus. Parteien, die in parlamentarischen Systemen keine Wählerinnen und Wähler haben, werden zu Sekten und verschwinden aus dem Parteiensystem. Unternehmen, die Konkurs anmelden müssen, weil sie ihre Liquidität nicht zu sichern vermögen, verabschieden sich von den Märkten. Staaten, die sich gegen einen militärischen Angriff nicht zu wehren vermögen und denen keiner erfolgreich beispringt, werden von der Landkarte getilgt. Akteure sind an Institutionen interessiert, insoweit sie ihnen den Zugang zu Gütern und damit die eigene Reproduktion sichern (keineswegs zuletzt in Gestalt der Anerkennung als sozial respektierte Akteure). Andererseits werden aber in einer solchen Konzeption auch die Institutionen nicht wirklich ernst genommen, da ihre Funktion auf die Regelung der intersubjektiven Beziehungen reduziert und damit ihre Bedeutung bei der Regelung des Stoffwechsels mit der Natur, als Verhältnisse von Macht und Eigentum, Respekt und Anerkennung, Deutungen und sinnstiftenden Orientierungen, als Verfügung über die Instrumente von Gewalt in den Hintergrund gedrängt wird.

Die Unterscheidung von Institutionen und Ressourcen ist nicht nur und nicht einmal vor allem abstrakt-analytisch geboten, auch wenn die bekannten Definitionen von Institutionen Ressourcen im engeren Sinne ausschließen und „Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“ (North 1992: 3) erfassen. Die Unterscheidung ist vor allem konkret-sozialwissenschaftlich notwendig, um die *Bedeutung* des Handlungszusammenhangs, der institutionell geregelt ist oder wird, nicht aus dem Auge zu verlieren. Handeln ist an einen „subjektiven *Sinn*“ (Weber 1972: 1) gebunden. Der Sinn des Handelns liegt nicht in der Regelhaftigkeit sozialer Interaktion selbst, es sei denn, die Regeln haben einen Eigenwert für die Akteure als Formen der Anerkennung und sind damit ihrerseits Handlungsressourcen. Institutionen sind für die Akteure vor allem wichtig als Regeln des Zugangs zu solchen Ressourcen und der damit verbundenen Möglichkeiten der Verfügung über sie (also als Eigentums-, Macht-, Herrschafts-, Anerkennungs- und Gewaltverhältnisse).

Interessen sind die institutionell geprägten Orientierungen von Akteuren, Zugang zu Handlungsressourcen zu bekommen. Sie sind deshalb immer auch kulturell bedingt, denn Sinn ist von der Deutung der Handlungssituation abhängig. Sie sind institutionell vermittelt und unterscheiden sich je nachdem, um welche Ressourcen (ökonomische, soziale, politische oder kulturelle bzw. die der Fähigkeit zur Gewaltanwendung) es geht. Versteht man diesen Zusammenhang von Interessen der Akteure, Institutionen und Ressourcen, dann kann man m. E. der folgenden Bestimmung von Institutionen folgen:

Eine Institution wird [...] als System von miteinander in Beziehung stehenden informellen und formellen Elementen definiert – Sitten, gemeinsam geteilte Ansichten, Konventionen, Normen und Regeln –, die gesellschaftliche Verhältnisse regulieren, in denen Akteure ihre legitimen Interessen verfolgen und festlegen. Dieser Ansicht nach stellen Institutionen soziale Strukturen dar, die den Rahmen für kollektives Handeln bereitstellen, indem sie die Interessen von Akteuren befördern und organisieren sowie Verhältnisse zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (*principal agent relationships*) durchsetzen. Aus dieser interessenbezogenen Definition folgt, dass institutioneller Wandel nicht auf die Veränderung formeller Regeln reduziert werden kann, sondern grundsätzlich eine Neuausrichtung von Interessen, Normen und Macht verlangt. (Nee 1994: 55)

Diese methodologischen Reflexionen führen unmittelbar hin zum Verständnis der staatssozialistischen Gesellschaften und ihrer Diversität. Die Geschichte der staatssozialistischen Länder war wesentlich davon geprägt, wie die kommunistischen Staatspartei-Eliten versuchten, in immer neuen Wellen ihre Herrschaft dadurch zu sichern, dass sie die Kontrolle über die wesentlichen Ressourcen der Gesellschaft herzustellen suchten *und* deren erweiterte Reproduktion anstrebten bzw. gegen den Verfall dieser Machtgrundlage ankämpfen mussten. War es zunächst neben der Delegitimierung der alten Ordnung und interner kommunistischer Kräfte schlicht das sowjetische Gewaltmonopol, dann die Durchsetzung des Deutungsmonopols, das die Etablierung dieser Ordnung ermöglichte, so rückte im Weiteren zunehmend die Fähigkeit bzw. Unfähigkeit ins Zentrum, die Erzeugung gesellschaftlicher Ressourcen im umfassenden Sinne zu sichern. Die Strategien dieser Eliten mussten den Strategien der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung Rechnung tragen, die diese durchaus eigensinnig innerhalb der staatssozialistisch gesetzten Grundstrukturen verfolgten, während die Dienstklasse beides zu vermitteln hatte und zugleich ihre eigene Stellung zu festigen suchte.

Aus den institutionell bedingten Möglichkeiten und Grenzen, die Ressourcen der staatssozialistischen Länder produzieren und reproduzieren zu können, erwuchsen die Entwicklungs- und Krisenzyklen dieser Gesellschaften (Brie 1992). Wie auch heute stand dabei neben Fragen der Legitimität einer Ordnung die Frage von Wachstum, Umverteilung und wirtschaftlicher wie sozialer Dynamik im Vordergrund. Schon Lenin hatte erkannt:

Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt, dass der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk, aber man hat damit begonnen. (Lenin 1919: 416)

Es waren die staatskommunistischen Eliten der Sowjetunion und Osteuropas, die genau deshalb dieses „Werk“ des Aufbaus des Sozialismus abbrechen, weil sie die Hoffnung verloren hatten, eine „höhere Arbeitsproduktivität“ freisetzen zu können. Die ökonomischen, politischen und Legitimationsressourcen ihrer Herrschaft waren erschöpft. Vom Standpunkt eines politischen oder gesellschaftlichen Projekts könnte man auch folgende Kriterien für eine sehr weitgefaste Produktivität eines solchen Projekts formulieren:

Erstens muss ein solches Projekt überhaupt in der Lage sein, sich zu gründen und in der Entstehungsphase zu behaupten. Damit sind Fragen einer hinreichenden Legitimität und Unterstützung gemeint, Probleme des Schutzes und der Verteidigung eines solchen Projekts, der Mobilisierung der notwendigen Ressourcen in der Gründungsphase – alles Fragen, auf die Sowjetrussland ab 1918 stieß. Es gibt Transformationskosten, die in der Gründung hoch sind, während die Transformationsgewinne (zumindest bezogen auf den sozialen und wirtschaftlichen Bereich) oft erst verzögert (wenn überhaupt) eintreten (zum Verhältnis von Kosten und Nutzen einer Transformation vgl. Wright 2010: 313-320). Es geht also um die sicherheitsrelevanten, die politischen, sozialen und ökonomischen sowie auch rein stofflich-energetischen Ressourcen, die die Gründung eines solchen Projekts oder einer Gesamtheit derartiger Projekte absichern. Dieses Kriterium könnte man auch unter dem Begriff des *Potenzials zur Entstehung und ursprünglichen Durchsetzung* zusammenfassen.

Zweitens geht es um das *Potenzial zur Reproduktion und Entwicklung*. Jedes solches Projekt muss in der Lage sein, die Bedingungen seines Fortbestandes zu reproduzieren. Hinzu kommt, dass nur die ständige Anpassung und Erneuerung der natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Bedingungen solcher Projekte ihre dauerhafte Existenz ermöglichen. Damit werden auch die Probleme von Leistungsfähigkeit und Innovation aufgeworfen. Auch dabei geht es keinesfalls um beliebige Leistung und um beliebiges Neues, sondern um jene Leistung und jenes Neues, die die Produktions- und Lebensweise, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, das Naturverhältnis usw. solcher Projekte tatsächlich befördern und nicht aushöhlen und obsolet machen.

Ein drittes Kriterium ist die *Anziehungskraft* oder *Attraktivität* solcher Projekte, damit sich die für eine Transformation notwendigen und hinreichenden Klassen und Schichten zusammenschließen für dieses Projekt und es aktiv gegen Herausforderer verteidigen. Und sie tun es nur, wenn sie in diesem Pfad

gesellschaftlicher Entwicklung mehr Möglichkeiten sehen als in vorliegenden Alternativen. Und auch diese Anziehungskraft muss immer wieder von Neuem und ggf. über Generationen hinweg erneuert werden. Man könnte auch vom *legimatorischen Potenzial* solcher Projekte sprechen.

*Man könnte gesellschaftliche Arbeitsproduktivität in diesem sehr weiten Sinne auch als Hegemoniefähigkeit von gesellschaftlichen Projekten definieren, wie sie Wolf Fritz Haug mit Verweis auf Antonio Gramsci auf den Punkt bringt:*

„Historisch progressiv“ ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d. h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist. (Haug 2004: 14f.)

Diese Hegemoniefähigkeit wäre die Einheit von Potenzial zur Entstehung und Durchsetzung, Reproduktion und Entwicklung sowie Legitimation. Schließlich wäre also die gesellschaftliche Lebensfähigkeit eines bestimmten institutionellen Systems auch dadurch zu definieren, dass man fragt, ob es im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Projekten eine höhere Existenz-, Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit sowie Attraktivität aufweist oder nicht. Nur dann wird es expansiv. Es geht damit um die *Reproduktivität* solcher Projekte im geschichtlichen Prozess, um die Fähigkeit, die mit solchen Projekten verbundene Produktions- und Lebensweise, das System der Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnisse sowie die Führungsfähigkeit seiner Initiatoren und das von ihnen repräsentierten Entwicklungsmodell gegenüber anderen alternativen und im Wettstreit stehenden Ansätzen so zur Geltung zu bringen, dass diese Projekte sich behaupten und ausweiten.

Die europäischen staatssozialistischen Länder sind letztlich daran gescheitert, dass sie zwar – mit sowjetischer Hilfe – eine hinreichende Entstehungsfähigkeit besaßen, aber ihre Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit nicht ausreichte, um bei allen drei Akteursgruppen (Eliten, Dienstklasse wie Bevölkerung) die notwendigen Bindungen dauerhaft aufrechtzuerhalten. Sie wurden letztlich von unten wie oben aufgegeben und die Dienstklasse verweigerte im kritischen Augenblick jenen Hardlinern aus den Eliten die Gefolgschaft, die die Existenzkrise des Systems noch einmal mit Gewalt zu lösen versuchten. Andere Teile der Eliten wählten den Exit der Systemtransformation oder gerieten blind in deren Strudel, so vor allem die Gruppe um Michael Gorbatschow.

Die sozialwissenschaftliche Analyse der Entwicklung der staatssozialistischen Länder und ihrer je spezifischen Ausprägung wirft also folgendes Problem auf: Bei grundsätzlicher Gleichheit der Institutionen eines Sozialismus sowjetischen Typs werden unterschiedliche Wege der konkreten Gestaltung

gewählt. Will man die Ursache dieser Differenzen nicht einfach in die Akteure verlagern, dann bleibt nur der Weg, sie aus Zyklen von Prozessen zu erklären, die bei relativer Stabilität der formellen Institutionen einen Wandel der Akteure wie der Ressourcen ihrer Reproduktion sowie den Ausbau von informellen Strukturen und Nischen, ihrer Institutionalisierung als Schattenwirtschaft und Schattengesellschaft einschließen. Es ist ein Lernprozess der Akteure und ein Wandlungsprozess der Ressourcengrundlage, der auch an den Institutionen nicht spurlos vorübergeht. Der Widerspruch zwischen Akteursinteressen am Zugang zu bestimmten Ressourcen und gegebenen Institutionen hat einen oft übersehenen Effekt: Unter der Oberfläche der fest institutionalisierten Interaktionsnetze einer Gesellschaft, so Michael Mann,

graben Menschen die Gänge, die sie brauchen, um ihre Ziele zu erreichen; knüpfen neue Netze und weiten alte aus, um irgendwann unübersehbar mit Strukturen in unser Gesichtsfeld zu treten, die einem oder auch mehreren der bis dahin wichtigsten Machtgeflechte den Rang streitig machen. (Mann 1990: 36f.)

Man könnte auch von latenten Anti-Systemen sprechen (Eisenstadt 1987: 10). Gerade die schwächeren sozialen Akteure, denen die Kraft fehlt, die dominanten offiziellen Strukturen zu beseitigen, sind auf solche subversiven, oft informellen systemwidrigen Formen angewiesen. Und die dominanten Akteure können – insoweit sie auf das eigeninteressierte Handeln der Unterlegenen angewiesen sind – diese Strategien bestenfalls einhegen, aber nicht völlig unterbinden, ohne ihre Ressourcenbasis noch weiter einzuschränken. Die Macht der Herrschenden schöpft sich ja bekanntlich wesentlich aus den Aktivitäten der Herrschaftsunterworfenen, die immer Eigeninteressen haben und über eigene Handlungsmöglichkeiten verfügen. Nur der bleibt Herr, der diese Dialektik von Herr und Knecht/ Magd unter Kontrolle zu halten vermag.

Hier soll nun nicht erneut die Dialektik von Herrschaft, Anpassung und Widerstand der Akteure staatssozialistischer Länder nachgezeichnet werden, sondern die Frage weiter verfolgt werden, welches Licht diese Dialektik auf ein Grundproblem sozialwissenschaftlicher Methodologie wirft – auf das Verhältnis von Akteuren, Institutionen und Ressourcen. Akteure bleiben nur dann Akteure, wenn sie die Ressourcen ihrer eigenen Handlungsfähigkeit reproduzieren können. Dabei sind sie auf Institutionen angewiesen, auf soziale Verhältnisse zu anderen Akteuren, formell wie informell. Institutionen vermitteln den Bezug von unterschiedlichen sozialen Akteuren auf Ressourcen und Akteure reproduzieren Institutionen, weil sie sich ihrer im Zugriff auf Ressourcen „bedienen“. Die Dichotomie oder der Dualismus Akteure vs. Institutionen bzw. Strukturen sollte also, folgt man diesen Überlegungen, durch eine Triade Akteure - Institutionen - Ressourcen ersetzt werden. Es handelt sich um einen reproduktiven Zusammenhang, der durch das Handeln von Akteuren immer wieder neu angetrieben wird